

Vom Kostentreiber
zum Innovationsmotor

Wende in der Energie- und Umweltpolitik

Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik
des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon: 030 / 240 87-200
Email: info@wirtschaftsrat.de

Vorwort

Die Energienachfrage wird sich bis zum Jahr 2030 weltweit verdreifachen – dabei werden die Schwellen- und Entwicklungsländer die Industrieländer im Energiekonsum rasch überholen. Hinzu kommt die Veränderung der geostrategischen Lage. Die meisten Vorräte fossiler Energieträger befinden sich in immer instabileren Regionen der Welt, im Mittleren Osten und in Nordafrika. Neben der Erhöhung der Versorgungssicherheit und den Herausforderungen des Klimaschutzes gilt es, eine wettbewerbsfähige, kosteneffiziente und umweltverträgliche Energieversorgung zur Stärkung des Standortes Deutschland und zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund brauchen wir in Deutschland dringend einen Paradigmenwechsel.

Energie- und Umweltpolitik müssen stärker in den europäischen Kontext gestellt werden. Ein solcher Umdenkungsprozess findet in der deutschen Politik immer noch zu wenig Unterstützung. Dies sollte daher unbedingt im Mittelpunkt des Energiegipfels der neuen Bundesregierung Anfang April 2006 stehen. Das Wahlergebnis hat im Koalitionsvertrag zahlreiche Kompromisse erzwungen. Gerade in der Energie- und Umweltpolitik wurden zentrale Forderungen der Union zurückgestellt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat jedoch keinen Zweifel daran gelassen: „Der Koalitionsvertrag ist eine Eröffnungsbilanz“ – im Regierungshandeln muss kräftig nachgebessert werden.

Mit dem Schlüsselthema der Tagung „Wende in der Energie- und Umweltpolitik – Vom Kostentreiber zum Innovationsmotor“ knüpft der Wirtschaftsrat bewusst an eine Forderung der Bundeskanzlerin Angela Merkel an: Gemeinsam wollen wir die Chance zu einer Initialzündung für eine neue Kursbestimmung in der Energie- und Umweltpolitik nutzen.

Berlin, im März 2006



Prof. Dr. Kurt J. Lauk MdEP
Präsident



Hans Jochen Henke
Generalsekretär

Inhaltsverzeichnis

Vom Kostentreiber zum Innovationsmotor – Wende in der Energie- und Umweltpolitik

Wende in der Energie- und Umweltpolitik – Vom Kostentreiber zum Innovationsmotor	1
<i>Prof. Dr. Kurt J. Lauk MdEP, Präsident des Wirtschaftsrates der CDU e.V.</i>	
Energiepolitik als integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik	3
<i>Dagmar Wöhrl MdB, Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie</i>	
Intelligente Energiepolitik und globaler Klimaschutz	5
<i>Prof. Dr. Bjørn Lomborg, Former Director, Denmark's Environmental Assessment Institute</i>	
Podium I: Wettbewerbsfähige Energiepreise und Versorgungssicherheit	7
Impulsvortrag:	7
Mehr Markt und Wettbewerb in der Energiepolitik <i>Dr. Ulf Böge, Präsident, Bundeskartellamt</i>	

Podiumsdiskussion:

Wettbewerbsfähiger Energiestandort Deutschland – Konkrete Handlungsfelder für Staat und Unternehmen

Prof. Dr. Dieter Ameling , <i>Präsident, Wirtschaftsvereinigung Stahl</i>	8
Dr.-Ing. Gernot Schaefer , <i>Geschäftsführender Gesellschafter, Schaefer Kalk GmbH & Co. KG</i>	9
Bernhard Fischer , <i>Mitglied des Vorstands, E.ON Energie AG</i>	10
Hartmut Schauerte MdB , <i>Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie</i>	11
Dr. Joachim Pfeiffer MdB , <i>Koordinator für Energiefragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</i>	11

Moderation:

Roland Tichy, *Chefkolumnist, Handelsblatt*

Podium II:

Energieeffizienz und -einsparung – Alle Potenziale ausschöpfen	13
---	----

Impulsvortrag:

Energiezukunft – Mehr Energieeffizienz und Klimaschutz durch Innovationen

Prof. Dr. Utz Claassen , <i>Vorsitzender des Vorstands, EnBW AG</i>	13
--	----

Podiumsdiskussion:

Energie- und Umweltpolitik – Vom Kostentreiber zum Innovationsmotor

Marie-Luise Dött MdB , <i>Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</i>	15
Stephan Kohler , <i>Geschäftsführer, Deutsche Energie-Agentur (dena)</i>	15
Dr. Johannes Lambertz , <i>Mitglied des Vorstands, RWE Power AG</i>	16
Dr. Werner Langen MdEP , <i>Industriepolitischer Sprecher der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament</i>	17

Leitung:

Prof. Dr. Wolfgang Grünbein, *Vorsitzender der Bundesfachkommission Umweltpolitik des Wirtschaftsrates*

Podium III: Neue Strategien in der globalen und nationalen Klimaschutzpolitik	19
Impulsvortrag: Auf dem Weg zum CO ₂ -freien Kraftwerk Dr. Klaus Rauscher , <i>Vorsitzender des Vorstands, Vattenfall Europe AG</i>	19
Podiumsdiskussion: Potenziale zur CO ₂ -Reduktion inner- und außerhalb des EU – Neudefinition der deutschen Vorreiterrolle im Klimaschutz Dr. Wolfgang Große Entrup , <i>Direktor, Bayer AG</i>	21
Dr. Klaus Lippold MdB , <i>Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages</i>	22
Prof. Dr. Andreas Troge , <i>Präsident, Umweltbundesamt</i>	23
Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker , <i>Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie</i>	23
Leitung: Kurt Döhmel , <i>Vorsitzender der Bundesfachkommission Energiepolitik des Wirtschaftsrates, Vorsitzender der Geschäftsführung, Deutsche Shell Holding GmbH</i>	
Dinner Speech: Energie und Klimawandel: Weitere Anstrengungen erforderlich Claude Mandil , <i>Executive Director, Internationale Energieagentur</i>	25
Reformkatalog des Wirtschaftsrates der CDU e.V. Wende in der Energie- und Umweltpolitik	27

Vom Kostentreiber zum Innovationsmotor – Wende in der Energie- und Umweltpolitik

**Prof. Dr. Kurt J. Lauk MdEP,
Präsident des Wirtschaftsrates der CDU e.V.**

Der Wettlauf um die Energieressourcen hat weltweit längst begonnen. Maßgebliche Ursache ist der massive Anstieg des weltweiten Energiehungers. Kein Land der Welt hat soviel Appetit auf Energie wie China: Rund ein Fünftel des zusätzlichen Energiebedarfs geht bis zum Jahr 2030 auf dieses Konto.

Neben diesen globalen Einflussfaktoren, die zu steigenden Energiepreisen führen, kommen in Deutschland als Preistreiber der mangelnde Wettbewerb auf den Energiemärkten und ein Staatsanteil am Strompreis von über 40 Prozent hinzu. Ein zynischer Betrachter hat kürzlich allen Ernstes gefolgert: „Wenn unsere Strompreise weiterhin steigen, können wir uns bald nicht mehr das Licht am Ende des Tunnels leisten.“

Bis zum Jahr 2020 droht eine massive Lücke in unserer Energieversorgung: Über ein Drittel des Kraftwerkparks muss in Deutschland mit einem Investitionsbedarf von über 40 Mrd. Euro erneuert werden. Gleichzeitig entwickelt sich Deutschland zu einem Paradies für Nutznießer von Dauersubventionen. Bereits heute haben wir es geschafft, die Subvention der Kohleförderung mit Windenergie zu überholen und die teuerste CO₂-Vermeidungsstrategie in der EU zu verfolgen.

Die Bundesfachkommissionen Energie- und Umweltpolitik des Wirtschaftsrates fordern daher die Bundesregierung nachdrücklich auf, die Energie- und Umweltpolitik an markt- und wettbewerbsorientierten Kriterien auszurichten und stärker als bisher in den europäischen und internationalen Kontext zu stellen.

Vor diesem Hintergrund ist es eine besondere Freude, zwei wichtige Persönlichkeiten mit internationaler Ausrichtung willkommen zu heißen:

- Prof. Bjorn Lomborg, Autor des Welt-Bestsellers „Apocalypse No!“ und
- Claude Mandil, Chef der Internationalen Energieagentur in Paris

Was muss in Deutschland geschehen, damit die Energieversorgung vom Kostentreiber zum Innovationsmotor wird?

1. These:

Nur mit wettbewerbsfähigen Energiepreisen können wir unsere Schlüsselindustrien im Land halten.

Wir brauchen an unserem Energiestandort wettbewerbsfähige Preise. Dafür ist an allen verfügbaren Stellschrauben zu drehen. Hierzu zählen eine schlankere, effizientere Regulierung, der Ausbau der Kuppelstellen im grenzüberschreitenden Energiehandel und die Optimierung des Energiemixes ebenso wie der Abbau von Mehrfachbelastungen bei umweltbezogenen Steuern und Abgaben, die heute bereits über 56 Mrd. € jährlich ausmachen.

Die in den Medien zu diesem Themen reißerisch geführte Diskussion um die hohen Energiepreise sollte auf eine sachliche Ebene zurückgeführt werden. Die Bundesfachkommission Energiepolitik steht hierzu im engen Dialog mit dem Präsidenten des Bundeskartellamtes, Herrn Dr. Ulf Böge, sowie dem Vizepräsidenten der Bundesnetzagentur, Herrn Martin Kronenberg.

2. These:

Jeder Vorsprung in der Energieeffizienz ist ein Wettbewerbsvorteil für Deutschland.

Energieeffizienz und -einsparung wirken wie ein unsichtbares Kraftwerk. Dafür benötigen wir dringend mehr Innovationen. Der Wirtschaftsrat fordert, die staatliche Förderung einer breiten Energieforschung einschließlich der Kernenergie auszubauen. Alle Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz und -einsparung, insbesondere bei der Altbausanierung, sind verstärkt auszuschöpfen.

3. These:

Deutschland sollte seine Vorreiterrolle in der Klima- und Umweltpolitik neu definieren.

Kein Land der EU engagiert sich so ambitioniert im Klimaschutz wie Deutschland. Mit kostspieligen nationalen Alleingängen zerstören wir allerdings Zug um Zug unsere wirtschaftlichen Grundlagen für Klima- und Umweltschutz. Das nationale CO₂-Minderungsziel darf nicht deswegen erreicht werden, weil in Deutschland immer weniger produziert wird. Es wäre auch umweltpolitisch kontraproduktiv, wenn Umweltverschmutzung umso stärker im Ausland stattfinden würde.

These 4:

Effektiver Klimaschutz muss international erfolgen.

Wir alle stehen immer noch unter dem Eindruck des Klimagipfels in Montreal. Wenn es nicht gelingt, alle Industrienationen und großen Schwellenländer in die globalen Klimaschutz-Vereinbarungen einzubinden, führen wir in Deutschland und in der EU kostspielige klimapolitische Maßnahmen, wie den Emissionshandel, ad absurdum. Das bürokratische Dickicht aus nationalen klima- und umweltpolitischen Instrumenten ist konsequent zu lichten. Dann erst kann Deutschland wieder zum Motor effektiven Umwelt- und Klimaschutzes werden.

These 5:

Energiepolitik sollte wieder Standortpolitik werden.

Energie- und Umweltpolitik müssen endlich wieder zum integralen Bestandteil der Wirtschaftspolitik werden. Dies ist zugleich unser Appell an die neue Bundesregierung. Die Zuständigkeiten für die Energiepolitik sind erneut auf zwei Ressorts aufgeteilt worden. Die Federführung für die Energiepolitik gehört ins Wirtschaftsministerium und sollte dort gebündelt werden.

Einleitungsvortrag 1

Energiepolitik als integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik

**Dagmar Wöhl MdB,
Parlamentarische Staatssekretärin,
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie**

Deutschland braucht dringend eine stärkere Innovationsoffensive im Energiesektor. Im Koalitionsvertrag wurde bereits vereinbart, die finanzielle Ausstattung der Energieforschung künftig deutlich zu erhöhen. Die Energieforschung stellt für den Staat ein strategisches Element dar, um dazu beizutragen, die Ziele der Nachhaltigkeit von der Basis her zu erfüllen. Dies entbindet die Wirtschaft nicht davon, ihre Forschungsaktivitäten ebenfalls zu erhöhen.

Die neue Bundesregierung legt in einem Energieforschungsprogramm den Schwerpunkt auf die Bereiche moderne Kraftwerkstechniken, Brennstoffzelle, energieoptimiertes Bauen und erneuerbare Energien. Die nukleare Sicherheit, die Problematik der Endlagerung sowie die Fusionsforschung werden hierbei mit berücksichtigt. Im Bereich der Kraftwerkstechnik stehen emissionsarme Technologien im Kohle- und Gasbereich im Vordergrund, bei denen ein Investitionsschub ausgelöst werden soll. Auch unter der neuen Bundesregierung werden erneuerbare Energien weiter ausgebaut. Allerdings wird die Effizienz des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das in seiner Grundstruktur erhalten bleiben soll, bis zum Jahr 2007 auf den Prüfstand gestellt.

Die Vielzahl der energie- und klimapolitischen Instrumente in Deutschland (EEG, Ökosteuern, KWK-G etc.), die neben dem Emissionshandel bestehen, führen zu hohen Mehrfachbelastungen und Wettbewerbsnachteilen für energieintensive Unternehmen in Deutschland. Um Standortverlagerungen dieser Unternehmen in Länder mit geringeren Umweltstandards zu vermeiden, sollten Entlastungen geschaffen werden.

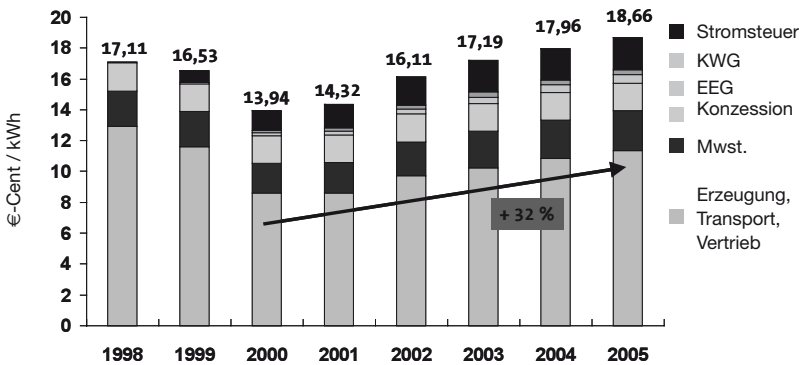


Abbildung 1: Preisentwicklung Strom

Quelle: Verband der Elektrizitätswirtschaft e.V. (VDEW), Markt und Daten: 03. Juli 2005

Ideologisch motivierte nationale Alleingänge, wie sie die rot-grüne Bundesregierung vorgenommen hat, kann sich der Energiestandort Deutschland nicht länger leisten. In einem globalen Umfeld dürfen wir uns nicht von internationalen Wettbewerbern abkoppeln. Nicht gegen die Wirtschaft, sondern für die Wirtschaft, das sollte fortan das Credo sein.

Einleitungsvortrag 2

Intelligente Energiepolitik und globaler Klimaschutz

Prof. Dr. Bjørn Lomborg,
Former Director, Denmark's Environmental Assessment Institute

In der globalen Umweltdiskussion sollten wir uns dringend von den gängigen Mythen verabschieden, dass die Umweltbedingungen immer schlechter werden und dass unser Planet außer Kontrolle gerät. Es ist wichtig, Fakten richtig darzustellen und Prioritäten neu zu ordnen:

- Die Sorge der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen ist überzogen. Bereits im Jahr 1970 wurde behauptet, es würde in zehn Jahren weltweit kein Öl mehr geben. Dabei gibt es genug Öl, um den gesamten Energiebedarf der Erde für die nächsten 5000 Jahre abzudecken. Weltweit wurden bereits große Fortschritte erzielt, Öl zu finden, Öl effizienter zu verwenden und Öl zu ersetzen.
- Der weltweite Energieverbrauch könnte mit Sonnenenergie gedeckt werden. Wir tun dies aber nicht, weil es nach wie vor zu teuer ist.
- Die meisten Menschen glauben, Smog sei ein neues Phänomen, das immer schlimmer würde. Diese Annahme ist jedoch statistisch nicht haltbar. In London ist die Luftverschmutzung heute beispielsweise wesentlich geringer als sie es im Mittelalter war. Während die Luftverschmutzung in den entwickelten Ländern gesunken ist, steigt sie in Bangkok oder Bombay immer stärker an. Armut ist ein enormes Hindernis bei der Lösung lokaler Umweltprobleme.

Entscheidungen über Maßnahmen im Klima- und Umweltschutz sollten nicht überstürzt auf der Grundlage von Angstscenarien getroffen, sondern von Kosten-Nutzen-Abwägungen abhängig gemacht werden. Die Menschheit muss lernen, rational Prioritäten zu setzen. Die Lage der Menschheit hat sich bereits deutlich verbessert und wird sich in Zukunft weiterhin verbessern.

Betrachtet man die Entwicklung des Wohlstands der Menschen in der Welt, so lässt sich feststellen, dass wir mehr Freizeit, mehr Sicherheit, weniger Unfälle, mehr Bildung, höhere Einkommen, weniger Hunger nicht nur in den Industrieländern, sondern auch in den Entwicklungsländern haben. Eine Kernfrage in unseren Umweltdebatten ist daher, ob wir in der Lage sind, dieses Wohlstandsniveau aufrechtzuerhalten bzw. wie wir es durch innovative Technologien verbessern können.

Es gibt viele Wege, um die Probleme der Menschheit, wie Armut und Klimaschutz, zu lösen. Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel können jedoch nur einmal ausgegeben werden. Statt die Wirtschaft als Umweltsünder zu verdammen, sollten wir auf die heilenden Kräfte des ökonomischen Wachstums setzen. Dieses wird auch auf lange Sicht in

der Dritten Welt die Lebensbedingungen und damit den Zustand der Umwelt verbessern. Umweltschutz ist nur mit wirtschaftlichem Wohlstand umsetzbar. Dabei nimmt die Umweltverschmutzung zu Beginn eines industriellen wirtschaftlichen Aufschwungs zunächst zu, in der Folge aber regelmäßig ab.

Die globale Erderwärmung ist durch den langfristigen Umstieg auf nicht fossile Energieträger nur ein begrenztes Problem. Es betrifft vorwiegend die Dritte Welt, die über eine schlechte Infrastruktur verfügt. Das Kyoto-Protokoll hat nur einen geringen Einfluss auf die globale Erderwärmung: Ohne das Kyoto-Abkommen wird die globale Durchschnittstemperatur um rund zwei Grad Celsius zunehmen, mit dem Kyoto-Protokoll lediglich um rund 1,9 Grad Celsius.

Dennoch kostet dieses Instrument jedes Jahr 150 Mrd. Dollar und bewirkt jedoch nur den Aufschub der Erderwärmung um etwa fünf Jahre. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen lässt sich mit der Hälfte der Summe die gesamte Dritte Welt mit sauberem Trinkwasser, sanitären Einrichtungen, einer medizinischen Grundversorgung und einer Ausbildung versorgen.

Die vorhandenen Ressourcen sollten weltweit wesentlich effizienter eingesetzt werden. Statt daran festzuhalten, Kyoto weiterhin umzusetzen, sollten alle Länder dieser Welt 0,9 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes in die Forschung und Entwicklung CO₂-armer Technologien investieren.

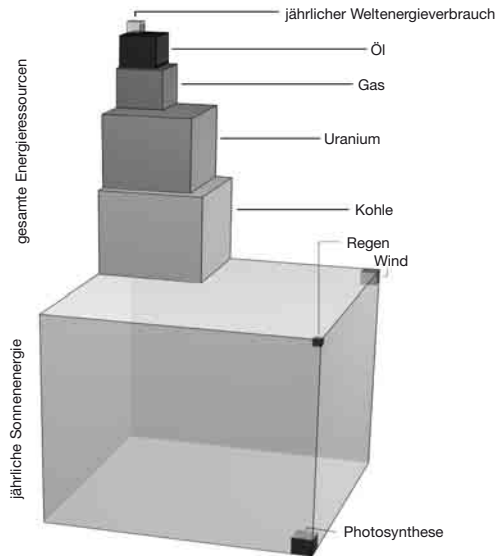


Abbildung 2: Weltweiter Energieverbrauch versus globale Sonnenenergie pro Jahr;
Quelle: Craig et al. 1996, Cunningham & Saigo 1997

Wettbewerbsfähige Energiepreise und Versorgungssicherheit

Impulsvortrag

Mehr Markt und Wettbewerb in der Energiepolitik

**Dr. Ulf Böge,
Präsident Bundeskartellamt**

Der Titel der Klausurtagung „Wende in der Energie- und Umweltpolitik – Vom Kostentreiber zum Innovationsmotor“ bringt die Situation auf den Energiemärkten auf den Punkt. Zu hohe Energiekosten belasten die Industrie und den Mittelstand erheblich, Innovationen werden verhindert und nicht zuletzt dadurch der Standort Deutschland geschwächt.

Wir brauchen im Energiemarkt einen funktionsfähigen Wettbewerb. Denn Wettbewerb ist und bleibt das Lenkungsinstrument, das selektive staatliche Eingriffe überflüssig macht, einen erheblichen Druck auf die Kosteneffizienz in den Unternehmen auslöst und zu Innovationen anregt.

Die Strom- und Gasmärkte sind seit 1998 aus rechtlicher Sicht zwar liberalisiert worden, tatsächlich findet jedoch auf diesen Märkten bislang kein funktionsfähiger Wettbewerb statt. Stetig steigende Strompreise sind die Folge. Ursachen dafür sind nicht allein die gestiegenen staatlichen Steuern und Abgaben.

Das Bundeskartellamt wird mit Verfahren gegen die langfristige Vertragsbindung von Weiterverteilern auf dem Gasmarkt mit einer hohen Bedarfsdeckungsquote sowie mit Verfahren wegen des Verdachts des Preishöhenmissbrauchs eingreifen. Ferner ermittelt das Bundeskartellamt wegen Einpreisung der CO₂-Zertifikate an der Stromhandelsbörse in Leipzig und führt Fusionskontrollverfahren durch.

Darüber hinaus werden Erhöhungen des Gaspreises oftmals mit den gestiegenen Ölpreisen begründet. Die Gas-Ölpreisbindung ist nicht nur nicht mehr zeitgemäß, sondern auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht falsch, da die Kopplung das Preissignal an den Verbraucher verhindert, vom knappen Erdöl zum stärker verfügbaren Gas zu wechseln. Darüber hinaus kommt Erdöl im Wesentlichen auf ganz anderen Produktmärkten zum Einsatz als Gas, so insbesondere in der Chemie, in Raffinerien und im Verkehrsbereich.

Seit Mitte des Jahres 2005 ist es die Aufgabe der Bundesnetzagentur, für angemessene Netznutzungsentgelte zu sorgen. Der ungehinderte Netzzugang ist für den Wettbewerb so unerlässlich wie die Beendigung der langfristigen Vertragsbindung der Nachfrager. Nur wenn beide Hürden fallen, ist aus Sicht der Gasabnehmer ein Versorger- oder Lieferantenwechsel möglich.

Bezüglich der Einpreisung der CO₂-Zertifikate in die Strompreise hat das Bundeskartellamt mehrere Beschwerden aus der Industrie erhalten. Der Vorwurf lautet, dass die Energieversorgungsunternehmen die Zertifikate, die sie kostenlos erhalten haben, als Opportunitätskosten in die Strompreise einrechnen und damit unangemessene Windfall-Profits realisieren. Dies geht zu Lasten der Verbraucher und der nachfragenden Industrie.

Das Bundeskartellamt hat Ermittlungen eingeleitet und umfangreiche Stellungnahmen der großen Energieversorgungsunternehmen erhalten. Da die Bewegungen an der Leipziger Börse wichtig für die Beurteilung sind, welchen Einfluss die großen Verbundgesellschaften auf die Preisentwicklung der Zertifikate haben, steht das Bundeskartellamt auch mit dem Bundesumweltamt und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in engem Kontakt.

Es ist für den Wohlstand unseres Landes wichtig, dass wirtschaftliche Freiheit und Wettbewerb wieder eine bedeutendere Rolle spielen. Das Leitbild einer konsistenten Ordnungspolitik hat seine Bedeutung nicht verloren. Klare Rahmenbedingungen, die den Wettbewerb fördern, sind selektiven staatlichen Eingriffen in jeder Hinsicht überlegen.

Podiumsdiskussion

Energiestandort Deutschland – Wettbewerbsfähige Energiepreise und Versorgungssicherheit

**Prof. Dr. Dieter Ameling,
Präsident, Wirtschaftsvereinigung Stahl**

Hohe Energiepreise gefährden die industrielle Wertschöpfungskette in Deutschland. Ein Anstieg der Energiekosten schlägt sich deutlich in den Produktionskosten nieder. Die Preisentwicklung bei Strom und Gas hängt maßgeblich von der regionalen Marktstruktur und den energiepolitischen Rahmenbedingungen ab. Hier ist Deutschland eine Hochpreisinself. Ursache der überhöhten Energiepreise sind der fehlende Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten sowie kostspielige staatliche Eingriffe in den Energiemix. Die energieintensive Industrie begrüßt die Absicht der neuen Bundesregierung, den Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten zu intensivieren.

Der Preis für Erdgas erlebt durch die Kopplung an den Ölpreis einen massiven Anstieg, obwohl die Verhältnisse auf dem Gasmarkt nicht mit den gegenwärtigen Irritationen am Ölmarkt vergleichbar sind. Ohnehin sind die Gaspreise in Deutschland die höchsten in Europa. Mit dem im Sommer 2005 in Kraft getretenen neuen Energiewirtschaftsgesetz wird ein grundlegendes neues Marktmodell eingeführt. Der Netzzugang soll vereinfacht wer-

den, in dem künftig nur an den Ein- und Ausspeisepunkten des Gases Verträge abgeschlossen werden müssen. Wir hoffen, dass dies für mehr Wettbewerb und niedrigere Preise sorgt.

Der Emissionshandel verteuert die Stahlproduktion und treibt die Stromkosten in die Höhe. Er ist eine Wachstumsbremse. Dabei wird der Strom nicht nur durch die Kosten zugekaufter CO₂-Zertifikate verteuert. Vielmehr fließen auch kostenfrei zugeteilte Emissionsrechte zu ihrem vollen Marktwert in die Strompreise ein. Die Politik steht nun in der Pflicht, eine Lösung dieses Problems herbeizuführen. Sie hat versprochen, der Wirtschaft keine zusätzlichen Belastungen aufzubürden. Stärker als bisher muss Energiepolitik wieder als Wirtschaftspolitik verstanden werden. In der neuen Legislaturperiode sollte die Chance für ein Umlenken ergriffen werden.

Dr.-Ing. Gernot Schaefer,
Geschäftsführender Gesellschafter, Schaefer Kalk GmbH & Co. KG

Die aktuellen und zukünftigen energiepolitischen Herausforderungen bedürfen einer Politik aus einem Guss. Deutschland braucht wieder eine konsistente Energiepolitik, die den Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie aufhebt. Eine abgestimmte Energiepolitik zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesumweltministerium ist dringend erforderlich, damit zügig ein energie- und umweltpolitisches Gesamtkonzept für die neue Legislaturperiode entwickelt werden kann.

Im Koalitionsvertrag sind grundlegende Kurskorrekturen ausgeblieben: Die teure Vorreiterrolle Deutschlands im internationalen und europäischen Klimaschutz soll fortgeführt und der Ausstieg aus der Kernenergie beibehalten werden. Darüber hinaus ist es erklärtes Ziel der Bundesregierung, den Ausbau erneuerbarer Energien auf einen Anteil von 20 Prozent an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2020 fortzusetzen. Klimavorsorge muss jedoch global und unter Einschluss aller Staaten erfolgen. Absolute Emissionsbegrenzungen, wie sie das Kyoto-Protokoll vorsieht, sind international nicht durchsetzbar. Um die hohen Belastungen zu senken und gleichzeitig eine umweltverträgliche und sichere Energieversorgung an unserem Standort zu gewährleisten, sollte der Kernenergieausstieg revidiert und die Überförderung erneuerbarer Energien endlich beendet werden.

Die Preise für Strom sind in Deutschland massiv angestiegen und bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Deutschland. Die Einpreisung der kostenlos zugeteilten CO₂-Zertifikate führt zu Windfallprofits bei den Energieerzeugern. Mehr Transparenz im Börsenhandel und eine stärkere Beteiligung der Industrie an den Gremien der Strombörse ist unverzichtbar. Der Emissionshandel sollte ausgesetzt werden, bis die grundlegenden Probleme gelöst sind. Darüber hinaus sollte der Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten durch die Umsetzung einer effizienten Netzregulierung intensiviert werden. Um den grenzüberschreitenden Energiehandel zu vereinfachen, sollten verstärkt Anreize für Investitionen in den Netzausbau gegeben werden. Darüber hinaus ist insbesondere der

Ausbau der Kuppelstellen zu anderen Netzen erforderlich. Nur dann kann ein vernünftiger Binnenhandel in Europa entstehen.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern liegt die finanzielle Ausstattung der Energieforschung in Deutschland weit zurück. Die Gemeinschaftsforschung sollte demnach gestärkt und darüber hinaus die Energieforschung in Deutschland ausgebaut werden. Dazu ist die diskriminierungsfreie Untersuchung aller Energieumwandlungs- und Erzeugungsformen verstärkt zu unterstützen.

Bernhard Fischer, Mitglied des Vorstands, E.ON Energie AG

In manchen Bereichen sind die Voraussetzungen für einen freien und fairen Wettbewerb im Energiemarkt sicherlich noch zu verbessern. Das neue Energiewirtschaftsgesetz stellt einen ersten wichtigen Ansatz zur Verbesserung des Netzzuganges und der Transparenz bei den Netznutzungsentgelten dar. In weiten Teilen haben wir jedoch bereits Markt und Wettbewerb. Der Wettbewerb funktioniert im Großhandelsmarkt.

Deutschland ist in einen europäischen Strommarkt integriert: Der Stromaustausch mit dem Ausland macht heute mehr als 20 Prozent des gesamtdeutschen Stromverbrauchs aus. Auf der Erzeugungsebene hat eine Vielzahl von Unternehmen, auch aus dem Ausland, Kraftwerksneubauten angekündigt. Für den Netzbereich wurde ein Regulator eingesetzt, um für die Intensivierung des Wettbewerbs zu sorgen. Energieversorgungsunternehmen sollten den Regulator durch eine umfangreiche Datenbereitstellung unterstützen.

Es ist allerdings ein Trugschluss zu glauben, dass noch mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt in jedem Fall zu sinkenden Preisen führt. Genau das Gegenteil kann eintreten. Insbesondere der britische und der niederländische Großhandelsmarkt haben ein deutlich höheres Preisniveau als Deutschland, obwohl dort bereits länger Wettbewerb herrscht. Was den Strom bei uns über Gebühren teuer macht, sind die staatlichen Abgaben. Hier sind wir im internationalen Vergleich Spitzenreiter.

Beim Klimaschutz soll Deutschland nach dem Willen der Koalition seine führende Rolle behalten und ausbauen. Zu begrüßen ist, dass der Emissionshandel ökonomisch und ökologisch effizienter gestaltet werden soll. Der Nationale Allokationsplan II (NAP II) muss im Sommer 2006 bei der EU vorgelegt werden. Solange es jedoch nur kurzfristige Zielvorgaben im Klimaschutz gibt, werden die Unternehmen auch künftig kurzfristig realisierbare Maßnahmen umsetzen und sich vor langfristigen Investitionen scheuen. Das Kyoto-Protokoll schafft somit kaum eine langfristige Perspektive. Zur Verbesserung müssten Handelsperioden verlängert und Zielvorgaben langfristig vereinbart werden.

Es ist enttäuschend, dass sich die Union mit ihrer Forderung nach einer Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke bisher noch nicht durchgesetzt hat. Der Blick ins Ausland zeigt, dass in vielen Ländern auch innerhalb Europas pragmatischer mit diesem Thema umge-

gangen wird. Wir haben die Hoffnung, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke erneut aufgreifen wird, wenn die Endlagerfrage geklärt ist. In Deutschland sollte das Thema Kernenergie trotz aller Bekenntnisse zum Ausstieg nicht von der Agenda gestrichen werden. Es wird sonst die Chance vergeben, technisches Know-how aus Deutschland zu vermarkten und gleichzeitig einen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten.

**Hartmut Schauerte MdB,
Parlamentarischer Staatssekretär,
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie**

Es gibt einen eindeutigen Paradigmenwechsel in der Energiepolitik. Der entscheidende Fehler der vorherigen Bundesregierung lag darin, dass die Politik hohe Energiepreise befürwortet hat. Durch diesen „pädagogischen Effekt“ sollten die Bürger zu einer Senkung des Energieverbrauchs gezwungen werden. Vor diesem Hintergrund lassen sich auch die steigenden energie- und klimapolitisch motivierten Steuern und Abgaben in Deutschland erklären. In der 16. Legislaturperiode wird der Höhe der Energiepreise eine große Priorität beigemessen werden.

Alle Optionen der Energieerzeugung sollten offen gehalten werden, einschließlich der Kernenergie. Es ist davon auszugehen, dass wir in kurzer Zeit auch im Energiemarkt im europäischen Umfeld Erkenntnisse gewinnen werden, dass es unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten unvernünftig ist, die Verlagerung von sicheren Atomkraftwerken in Deutschland in Länder mit geringeren Standards zu forcieren.

Bei der Förderung erneuerbarer Energien werden wir eine stärkere Degression der Fördersätze ebenso wie eine Deckelung des Fördervolumens fordern, um erneuerbare Energien frühzeitig in die eigenständige Wettbewerbsfähigkeit führen zu können. Es sollte ideologisch abgerüstet und pragmatisch aufgerüstet werden. Unser Energiestandort wird erst dann zukunftsfähig, wenn wir aufhören, ideologische Leuchttürme vor uns herzutragen.

**Dr. Joachim Pfeiffer MdB,
Kordinator für Energiefragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Wettbewerbsfähige Energiepreise stellen eine Grundvoraussetzung für eine prosperierende Volkswirtschaft dar. Ein Kernelement einer nachhaltigen Energiepolitik bildet die Schaffung einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung. Ein funktionierender Wettbewerb mit attraktiven Rahmenbedingungen führt zu einer Vielzahl von Anbietern, Bezugsquellen und Energieträgern und damit zu wettbewerbsfähigen Preisen. Nur dort, wo die Kräfte des Marktes augenscheinlich versagen, sollte der Staat regulierend eingreifen. Nur durch einen leistungsstarken Energiemix können Schwierigkeiten einzelner Ener-

gieträger problemlos überwunden werden. Ein ideologisch motivierter Ausstieg aus einem Energieträger erhöht das Risiko der Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit in Deutschland.

Deutschland braucht einen funktionierenden Energiemarkt, der in den europäischen und weltweiten Markt eingebunden ist. Die 1998 auf den Weg gebrachte Liberalisierung war dazu bereits der richtige Einstieg. Eine Regulierung im Energiebereich ist ausschließlich auf den Netzbereich zu beschränken und sollte sich auf die Sicherung eines diskriminierungsfreien und kostengünstigen Netzzugangs konzentrieren. Den Oligopolen im deutschen Strom- und Gasmarkt sollte durch eine Intensivierung des grenzüberschreitenden Wettbewerbs entgegengewirkt werden. Dazu ist auf einen Ausbau der Transitzkapazitäten via Pipeline sowie der Flüssig-Erdgasstrukturen hinzuwirken. Neben einem funktionierenden Wettbewerb brauchen wir eine Absenkung der staatlichen Belastungen der Energie. Die neue Bundesregierung wird erste Maßnahmen zur Kostenentlastung, insbesondere für energieintensive Unternehmen, vornehmen. Dazu sollten der 10-Prozent-Deckel bei der EEG-Härtefallregelung abgeschafft und mögliche Entlastungen durch die Umsetzung der EU-Energiesteuerrichtlinie geprüft werden.

Die Energienachfrage-Seite muss künftig stärker in die Energiepolitik integriert werden. Im Hinblick auf die Verknappung der weltweiten Energieressourcen und die Erfordernisse des Umwelt- und Klimaschutzes bildet ein sparsamer und effizienter Umgang mit Energie eine wesentliche Säule einer zukunftsfähigen Energieversorgung. Insbesondere in der Altbausanierung und bei Haushaltsgeräten liegen bisher nicht ausreichend genutzte Potenziale rationeller Energienutzung. Ein Schwerpunkt der Energiepolitik der neuen Bundesregierung wird auf dem effizienten Umgang mit Energie liegen. Im Rahmen eines forcierten CO₂-Gebäudesanierungsprogramms sollen künftig verstärkt Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz und -einsparung im Gebäudebereich ausgeschöpft und gleichzeitig neue Marktchancen für mittelständische Unternehmen im Handwerksbereich eröffnet werden.

Diskussionsbeiträge der Bundesfachkommissionen Energie- und Umweltpolitik:

- Deutschland braucht dringend eine Energie- und Umweltpolitik aus einem Guss.
- Die hohen Strom- und Gaspreise bedrohen die industrielle Wertschöpfungskette in Deutschland. Die Absicht der Bundesregierung, den Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten zu forcieren, wird von den Mitgliedern der Bundesfachkommissionen Energie- und Umweltpolitik begrüßt.
- Der in Deutschland gewachsene Mix aus umwelt- und klimapolitischen Instrumenten (EEG, Ökosteuern, Emissionshandel etc.) ist dringend auf den Prüfstand zu stellen. Energie- und klimapolitische Mehrfachbelastungen, die zu Wettbewerbsnachteilen für energieintensive Unternehmen in Deutschland führen, müssen verhindert werden.

- Der Ausbau grenzüberschreitender Kuppelstellen in den Strom- und Gasnetzen sollte forciert werden.
- Wenn wir konkurrenzfähige Energiepreise und eine sichere Energieversorgung für die Wirtschaft und die Verbraucher am Energiestandort Deutschland erfüllen wollen, wird die Kernenergie im Rahmen eines breiten Energiemixes auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen müssen.

Energieeffizienz und Energieeinsparung

Impulsvortrag

Energiezukunft – Mehr Energieeffizienz und Klimaschutz durch Innovation

**Prof. Dr. Utz Claassen,
Vorsitzender des Vorstandes, EnBW AG**

Die politische Zielsetzung in Deutschland lautet: Umsetzung des Kyoto-Protokolls, Ausstieg aus der Kernenergie entsprechend den Vereinbarungen und Realisierung preisentlastender Faktoren bei Strom und Gas. Das alles zugleich geht jedoch nicht. Es entspricht nicht den Gesetzen der Ökonomie und der Naturwissenschaften, insbesondere nicht auf einem Planeten, auf dem bald neun Milliarden Menschen leben werden. Deshalb sind wir z.B. nicht gegen den Kernenergieausstieg, sondern für eine Modernisierung des Kernenergieausstiegs.

Wir haben heute in China einen Pro-Kopf-Verbrauch von Strom, der etwa bei einem Sechstel des Pro-Kopf-Verbrauchs der EU-15 liegt. Sollte der Stromverbrauch Chinas auf das europäische Niveau ansteigen, erfordert dies bei konstanter Bevölkerung 2.000 neue Kraftwerke à 500 Megawatt. Das wiederum heißt: Bei bestverfügbarer heutiger Technologie und beim bestverfügbaren Mix „regenerativ zu fossil“, dass über 3,500 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr zusätzlich emittiert werden würden, wenn man auf Kernkraft verzichtet. Das wäre siebenmal so viel wie heute Energiewirtschaft und Industrie in Deutschland pro Jahr kumulativ emittieren. Dabei ist das Bevölkerungswachstum in China noch ausgeklammert. Dieses Rechenbeispiel zeigt, dass heute kein Szenario existiert, nach dem man global einen Kernenergieausstieg umsetzen könnte, ohne dadurch gleichzeitig eine Klimakatastrophe zu riskieren.

Besonders erfolversprechend auf lange Sicht sind Innovationen im Bereich der regenerativen Energien, die in Deutschland durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert werden. Insbesondere die Detailmechanismen sind nach wie vor streitig, wie und nach welchen Kriterien gefördert werden sollte. Dabei bleibt eine Betrachtung im globalen Kontext zumeist noch außen vor. In einer Welt mit sechs Mrd. Menschen ist die breite Nutzung regenerativer Energien nach den naturwissenschaftlichen Gesetzen und dem heutigen Kenntnisstand der Technik noch nicht praktikabel.

Eine der saubersten Möglichkeiten regenerative Energie zu nutzen, bieten uns Photovoltaik und Solarthermie, die aber nur sehr begrenzt in unseren Breitengraden nutzbar sind und zugleich die höchsten Kosten verursachen. Die Vermeidungskosten pro Tonne CO₂ bei der Photovoltaik liegen im Durchschnitt zwischen 600 und 700 Euro. Im Vergleich dazu liegen die Vermeidungskosten bei der Windenergie bereits bei 40 bis 70 Euro und bei der großen Wasserkraft sogar bei rund zehn Euro. Durch den Ersatz alter durch neue fossile Kraftwerke kann auf der Angebotsseite am günstigsten Klimaschutz betrieben werden. Hier liegen die Vermeidungskosten je nach Wirkungsgrad bei deutlich unter zehn Euro.

Ein wirklich bahnbrechender Durchbruch für die globale Nutzung regenerativer Energiewirtschaft wäre die Entwicklung von Speichermedien. Damit könnte Sonnenenergie, die in der Sahara, in der Kalahari oder in Westaustralien gewonnen wird, in anderen dichter besiedelten Regionen dem Verbrauch zugeführt werden.

Jeder Euro, den wir für die Erforschung wichtiger Energiespeichermedien zum Zwecke der Erlangung einer globalen regenerativen Energiewirtschaft einsetzen, ist besser genutzt als jeder Euro, der die Anwendung von Technologien subventioniert, die nachhaltig nicht ökonomisch vertretbar sind. Deshalb glauben wir in der Tat auch, dass Subventionen immer da Sinn machen können, wo ein Anschlag in eine nachhaltig tragfähige Situation gewährleistet wird.

Wir brauchen Wettbewerb um Ideen, statt interessengeleiteter Verharrung. Wir brauchen einen Übergang von einer nationalen zu einer globalen Energiepolitik. Wir brauchen einen global ausgewogenen Ressourceneinsatz statt milliardenschwerer einseitiger Subventionen. Allein werden wir die Dinge nicht zum Besseren wenden können. Deutschland liegt nur im einstelligen Prozentsatz des Weltenergieverbrauches. Gemeinsam mit anderen Ländern können wir viel bewegen. Ich denke, gerade im Kontext des heutigen Themas ist Goethe aktueller denn je. Seine letzten Worte waren dem Vernehmen nach: „Mehr Licht!“ Ich glaube, die Zahlen, die ich Ihnen vorgetragen habe, zeigen, der Weltenergiehunger ist so groß, dass noch viel mehr Licht gefordert wird.

Podiumsdiskussion

Energie- und Umweltpolitik – Vom Kostentreiber zum Innovationsmotor

Marie-Luise Dött MdB,
Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Im Rahmen einer nachhaltigen, nationalen und globalen Klima- und Energiepolitik ist der Energieeffizienz stärkere Bedeutung beizumessen. Bis zum heutigen Tag spielen Energieeffizienz und energiesparendes Verhalten nur eine untergeordnete Rolle. Diskutiert wird vor allem über das Angebot an Energie, also über die Frage, aus welchen Quellen wir unsere Energie beziehen. Die Nachfrageseite wird noch immer zu stark vernachlässigt. Gerade in diesem Bereich liegen aber erhebliche Potenziale.

Einem durchschnittlichen Haushalt entstehen durch unnötigen Stand-by-Betrieb und andere Leerlaufformen jährliche Stromkosten von etwa 70 Euro. Die rund 38 Mio. Haushalte in Deutschland haben also ein großes Potenzial, einen Beitrag zum sparsamen Einsatz von Energie und somit zum Klimaschutz zu leisten. Durch das Ausschalten der Geräte oder die Verwendung von Netzschaltern kann mit geringem Aufwand ein großer Erfolg erzielt werden. Für den einzelnen Haushalt führt dies zur Reduzierung von Kosten, für die gesamte Bevölkerung zu einer nicht unerheblichen Einsparung von CO₂.

Weitere Einsparpotenziale finden sich im Gebäudebereich, hier insbesondere bei der Altbauanierung. Um die nationalen und internationalen Klimaschutzziele zu erreichen, wollen wir das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm auf ein Fördervolumen von mindestens 1,5 Mrd. Euro pro Jahr erhöhen und einen Gebäudeenergiepass einführen. Dadurch sollen jährlich 5 Prozent des Gebäudebestands vor dem Baujahr 1978 energetisch saniert werden.

Alle passiven und aktiven energetischen Sanierungsmaßnahmen sind zugleich ein Jobmotor für die beteiligten Industriezweige, den Mittelstand und das Bauhandwerk. Durch die Erneuerung des Kraftwerksparks, vorwiegend von Stein- und Braunkohlekraftwerken, könnten erhebliche CO₂-Einsparungen bewerkstelligt werden. Allein in Deutschland muss in den kommenden 10 bis 20 Jahren etwa die Hälfte aller Kraftwerke ersetzt werden. Dies umfasst ein Investitionsvolumen von 30 Mrd. Euro. Eine Verbesserung der Wirkungsgrade bedeutet zugleich eine Verbesserung der CO₂-Bilanz und damit aktiven Klimaschutz zu verträglichen Vermeidungskosten.

Stephan Kohler,
Geschäftsführer, Deutsche Energie-Agentur (dena)

In den nächsten 20 Jahren beträgt der Erneuerungs- oder Sanierungsbedarf im Immobilienbestand ungefähr 50 Prozent – das sind rund acht Mio. Wohngebäude. Große Ein-

sparpotenziale bestehen daher nicht nur auf der Angebotsseite, sondern auch auf der Nachfrageseite. Für gezielte Effizienzmaßnahmen stehen praktisch drei Instrumente zur Verfügung: (1.) Gesetze und Verordnungen, (2.) finanzielle Fördertöpfe und (3.) marktkonforme Instrumente. Um alle Energieeffizienzpotenziale ausschöpfen zu können, braucht man einen Dreiklang. Keines der Instrumente darf gegen die anderen ausgespielt werden.

Gesetze und Verordnungen sind Instrumente, um Mindest- oder Höchstverbrauchswerte zu definieren, bei deren Umsetzung in die Praxis aber oftmals Defizite festzustellen sind. Der in der Regierungserklärung angekündigte jährliche Fördertopf von 1,5 Mrd. Euro für den Baubereich ist ein wichtiges Programm, bei dessen Ausgestaltung aber darauf geachtet werden muss, dass es nicht zu Mitnahmeeffekten kommt, denn das Energieeinsparpotenzial ist nachweislich bei den hohen Öl- und Gaspreisen wirtschaftlich. Im Gebäudebereich sind 30 bis 40 Prozent des heutigen Wärmebedarfs wirtschaftlich einsparbar. Die finanzielle Förderung ist grundsätzlich sinnvoll, um mehr Anreizwirkung zu schaffen. Angesichts der Haushaltslage kann man dieses Instrument aber nicht ins Unendliche ausdehnen.

Energieeffizienz ist zudem ein Exportschlager. Gerade in Ländern wie Russland und China bleiben große Einsparpotenziale weiterhin ungenutzt: 50 Prozent der weltweiten Bautätigkeit im Jahr 2015 wird in China stattfinden. Die Unternehmen dort können es sich nicht mehr leisten, auf dem heutigen Niveau von Umwelt- und Energieeffizienz weiter zu wirtschaften. Es lohnt sich für viele deutsche Unternehmen, mit ihren Effizienzprodukten vor Ort an den Markt zu gehen. Deshalb sind wir gut beraten, die Diskussion nicht dahin zu führen, wie wir die Standards in Deutschland und Europa absenken können, sondern wie in diesen Ländern die Standards so angepasst werden sollten, dass sie ein ökologisch und ökonomisch nachhaltiges Niveau erreichen.

**Dr. Johannes Lambertz,
Mitglied des Vorstands, RWE Power AG**

Abhängig von der Marktnachfrage auf der einen Seite und der Verfügbarkeit des Kraftwerkparks auf der anderen Seite schafft der Emissionshandel sehr wohl Anreize, die Emissionen zu reduzieren. So hängt die Einsatzreihenfolge aller Kraftwerke – die so genannte Merit Order – direkt von ihren jeweiligen variablen Kosten ab. Diese wiederum setzen sich im Wesentlichen aus den Brennstoffkosten und den CO₂-Opportunitätskosten zusammen. Ohne Emissionshandel und damit CO₂-Kosten legten lediglich die Brennstoffkosten die Einsatzreihenfolge fest: Braunkohlenkraftwerke gingen grundsätzlich vor den Steinkohlenkraftwerken ans Netz, Steinkohlenkraftwerke vor den Gaskraftwerken. Mit dem Emissionshandel und damit unter Berücksichtigung der CO₂-Opportunitätskosten kann es bei hohen CO₂-Preisen hingegen durchaus dazu kommen, dass ein neues Steinkohlenkraftwerk niedrigere variable Kosten als ein älteres Braunkohlekraftwerk mit einem relativ geringen Wirkungsgrad hat. Folglich wird das Braunkohlekraftwerk zurückgefahren, das Steinkohlekraftwerk hochgefahren. Zwischen Steinkohle und Gas passiert etwas Vergleichbares.

Um als Reaktion auf die steigenden CO₂-Preise die Energieeffizienz im Kraftwerkspark wirksam voranzutreiben, muss man fragen: Wo kann ich den Wirkungsgrad der bestehenden Kraftwerke verbessern? Wo kann ich zum Beispiel ein Retrofit durchführen, um mit einer geringeren Brennstoffmenge die gleiche Menge Strom zu produzieren? Wo ist der Ersatz einer Altanlage mit einem relativ niedrigen Wirkungsgrad durch ein neues Kraftwerk mit einem hohen Wirkungsgrad nach dem neusten Stand der Technik wirtschaftlich verantwortbar? Wir investieren derzeit in vielfältige Maßnahmen zur Ertüchtigung bestehender Kraftwerke und zum Ersatz durch neue Kraftwerke. In der Regel dauert es jedoch mehrere Jahre, im Fall von Ersatzanlagen sogar bis zu sieben Jahren, bis die jeweilige Maßnahme vollständig umgesetzt ist und die damit verbundenen CO₂-Emissionen schließlich signifikant verringert werden. Diese Zeit muss im Emissionshandel berücksichtigt werden, ohne dass es durch Verknappung zu einem weiteren Anstieg der CO₂-Zertifikatspreise und damit CO₂-getriebenen Strompreisanstiegen kommt.

Wir haben im Jahr 1999 unsere Forschung und Entwicklung in der Erzeugung wegen des hohen Kostendrucks herunterfahren müssen. Heute können wir wieder verstärkt an Wirkungsgradverbesserungen arbeiten, um zukunftsfähig zu sein. Unter dem Dach des Fachverbands der Strom- und Wärmeerzeugung (VGB PowerTech e.V.) arbeiten wir gemeinsam mit einigen Wettbewerbern an einer Verbesserung der Dampfkraftwerkstechnik. Mit im Dauerbetrieb hochwarmfesten Werkstoffen wollen wir im so genannten 700-Grad-Kraftwerk Wirkungsgradsteigerungen von etwa vier Prozentpunkten erreichen. Darüber hinaus haben wir erst kürzlich bei RWE beschlossen, eine Pilotanlage mit einem Aufwand von 50 Mio. Euro an einem Braunkohleblock zu installieren, in der die Braunkohle vorge-trocknet und über diesen Schritt der Wirkungsgrad ebenfalls um rund vier Prozentpunkte gesteigert werden kann. Das heißt, durch die gestiegenen Strompreise sind wir wieder in der Lage, in zukunftssträchtige neue Technologien zu investieren. Dies schließt auch die Weiterentwicklung hin zu einer annähernd CO₂-freien Kraftwerkstechnik mit ein, wenn-gleich wir damit in Kauf nehmen müssen, dass der Wirkungsgrad wieder sinken bzw. der Ressourcenverbrauch zunehmen wird.

Dr. Werner Langen MdEP, Industriepolitischer Sprecher der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Den Atomenergieausstieg in Deutschland lediglich zu modernisieren, ist keine hinreichende Antwort auf die energie- und klimapolitischen Erfordernisse, solange die Kernenergie in vielen Ländern der Welt genutzt und weiter ausgebaut wird. Dazu muss Deutschland mit seinem Know-how, mit seinen technischen Möglichkeiten und mit seiner Erfahrung einen wesentlichen Beitrag leisten. Das kann man nicht nach Indien und China abschieben. In der Europäischen Union ist es längst zu einer Umkehr gekommen. Die Entscheidungen in Finnland, die Debatten in Großbritannien, USA und Japan werden dazu führen, dass dieses Ausstiegsszenario bald neu zu überdenken sein wird.

Den Emissionshandel kann man weder auf Europa allein begrenzen noch auf eines der flexiblen Instrumente Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI).

Wenn der Preis pro Tonne CO₂ an der Börse derzeit bei 22 Euro liegt, dann entspricht das genau den zehn Jahre alten Schätzungen der EU-Kommission. Unter Einbeziehung der Entwicklungsländer und der gemeinsamen Projekte liegt der geschätzte Preis hingegen nur bei sechs Euro. Der richtige Ansatzpunkt lautet, weltweit dort CO₂ zu reduzieren, wo es am kostengünstigsten ist.

In punkto Energieeffizienz und Energieforschung hat Europa eine lange Agenda. Das Grünbuch über Energieeffizienz mit dem Titel „Weniger ist mehr“ beinhaltet acht große Maßnahmen wie nationale jährliche Aktionspläne, Produktkennzeichnung, Werbekampagnen und staatliche Beihilfen in einem neuen Förderprogramm (ZIP) für intelligente Energie. Ganz bewusst sind dort zum ersten Mal auch das öffentliche Auftragswesen, neue Finanzanreize, Gebäude und Verkehr einbezogen, mit dem Ziel, die Energieeffizienz zum Katalysator für die Energieeinsparung zu machen.

Diskussionsbeiträge der Bundesfachkommissionen Energie- und Umweltpolitik:

- Steigende Energiepreise erhöhen die Bedeutung der Energieeffizienz und Energieeinsparung.
- Alle Optionen der Energieerzeugung sind offen zu halten.
- Für Verbraucher und Erzeuger von Energie sollten gleichermaßen Anreize geschaffen werden, um die Energieeffizienz zu steigern und, um Energie einzusparen. Hierbei sind die Bereiche Verkehr und Privathaushalte einzubeziehen.
- Der Ausbau dezentraler Kraftwerke sollte verstärkt vorgenommen werden.
- Dringend erforderlich ist es, der Nachfrageseite eine bessere Markttransparenz zu verschaffen. Mit dem Energiepass, der in diesem Jahr in Deutschland eingeführt wird, bekommen Hausbesitzer beispielsweise eine konkrete Information darüber, was sie in ihrem Haus wirtschaftlich einsparen können.
- Deutschland sollte wieder zum Motor innovativer Spitzentechnologien werden.

Neue Strategien in der globalen und nationalen Klimaschutzpolitik

Impulsvortrag

Auf dem Weg zum CO₂-freien Kraftwerk

Dr. Klaus Rauscher,
Vorsitzender des Vorstands, Vattenfall Europe AG

Wenn eine dramatische Veränderung der Lebensbedingungen verhindert werden soll, muss ein weltweiter Temperaturanstieg um mehr als zwei Grad Celsius vermieden werden. Dieses Risiko erscheint beherrschbar, sofern der Anstieg des CO₂ in der Atmosphäre 550 Part per Million (PPM) nicht überschreitet. Nehmen wir dieses Ziel ernst, so können wir uns nur noch wenige Jahre ein „weiter so“ erlauben. Der Trend steigender CO₂-Emissionen muss verlangsamt und in 25 Jahren umgekehrt werden. Bis 2100 sollten wir die CO₂-Emissionen gegenüber heute mehr als halbieren.

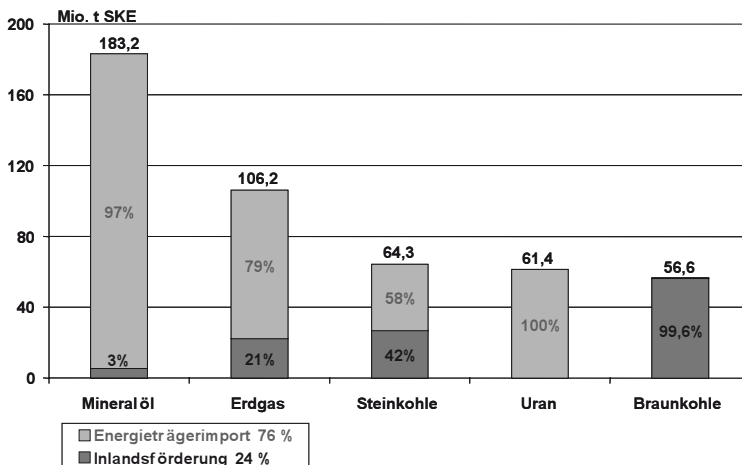


Abbildung 3: Anteil der Inlandsförderung am Primärenergieverbrauch 2002;

Quelle: DERBRIV 2003

Es gibt kein einziges seriöses Szenario, das in den nächsten 50 bis 100 Jahren eine Weltenergieversorgung ohne einen nennenswerten Anteil fossiler Brennstoffe vorsieht. Der maßgebliche fossile Energieträger ist dabei immer die Kohle.

Das Problem ist weder die Steinkohle noch die Braunkohle, das Problem ist das Kohlendioxid. Mit der Entwicklung des CO₂-freien Kohlekraftwerks wären wir in der Lage, die größte verfügbare Energierohstoffquelle weiterhin zu nutzen und gleichzeitig einen wesentlichen Baustein für den Klimaschutz zu bieten. Bereits in der dritten Dekade dieses Jahrhunderts könnten die Technologien der CO₂-Abscheidung und -speicherung (Carbon Capture and Storage [CCS]) großtechnisch eingesetzt werden. Dazu wird das Kohlendioxid aus dem Rauchgas abgetrennt, verflüssigt, abtransportiert und in natürlichen Lagerstätten in großer Tiefe dauerhaft gespeichert.

- Grundprinzip ist die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid
- Das bei der Verbrennung entstehende CO₂ kann durch verschiedene Techniken abgeschieden werden
- Das abgeschiedene CO₂ wird unter Druck verflüssigt und in großer Tiefe dauerhaft gespeichert

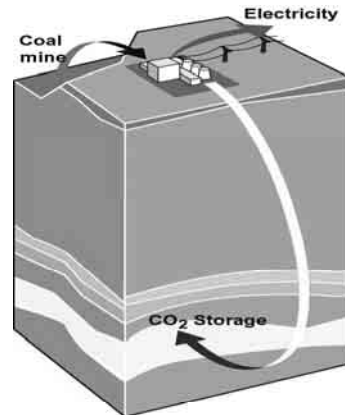


Abbildung 4: Funktionsweise eines CO₂-freien Kraftwerkes;

Quelle: Vattenfall Europe AG

Für den ganzen Prozess streben wir eine Begrenzung der CO₂-Vermeidungskosten auf 20 bis maximal 25 Euro pro Tonne CO₂ an. Der Hauptteil der Kosten liegt dabei in der Abscheidung. Es ist zur Zeit nicht objektiv absehbar, ob erneuerbare Energien in diesen Kostenbereich vorstoßen können. Zum Vergleich: Die Vermeidungskosten der Windenergie in Deutschland liegen immerhin bei 70 Euro je Tonne Kohlendioxid.

Außerdem hat das CO₂-freie Kraftwerk noch weitere Vorteile. Mit der klimaverträglichen Nutzung heimischer Energieträger wie Stein- und Braunkohle würde zugleich ein hoher Beitrag zur Versorgungssicherheit innerhalb der EU geleistet. Wir könnten mit einer Technik wie dieser auch in Zukunft einen breiten Energieträgermix bewahren, die Preisrisiken einzelner Energieträger und Technologien wirksam abfedern und vor allem die Importabhängigkeit reduzieren. Damit wird die Akzeptanz der Kohleverstromung auch in den nächsten Kraftwerksgenerationen gesichert. Das ist ganz wichtig, denn wir alle wissen, ohne Kohleverstromung werden wir nicht auskommen.

Sowohl die Abscheidung von CO₂ als auch seine Speicherung sind bereits angewandte Technologien. So dass dieses Verfahren bereits mittelfristig zur notwendigen Absenkung der weltweiten CO₂-Emissionen beitragen kann. Ein weiterer Vorteil ist die Möglichkeit zur CO₂-freien Wasserstoffherstellung, z.B. aus Kohle. Das heißt, dieses Verfahren könnte den Ausbau der Infrastruktur für eine umfassende Wasserstoffversorgung kosteneffizient und klimaverträglich erheblich beschleunigen. Aber vor allem ist diese Technologie keine Nischentechnologie. Sie kann bei verschiedenen fossilen Energieträgern angewandt werden. Verwendet man z. B. statt der Kohle nachwachsende Biomasse, könnte sogar CO₂ der Atmosphäre entzogen werden. Die CO₂-Speicherpotenziale in salinen Aquiferen, leeren Erdgaslagerstätten oder anderen geologischen Tiefenspeichern sind enorm. Selbst wenn nur ein Teil von ihnen geeignet ist, CO₂ – wie vormals Erdgas – permanent von der Atmosphäre fernzuhalten, könnten die gesamten europäischen CO₂-Emissionen mehrerer Jahrzehnte gespeichert werden.

Podiumsdiskussion

Potenziale zur CO₂-Reduktion inner- und außerhalb der EU – Neudefinition der deutschen Vorreiterrolle im Klimaschutz

**Dr. Wolfgang Große Entrup,
Direktor, Bayer AG**

Vorreiterrollen machen Sinn, wenn erkennbar ist, dass der Geleitzug, der sich hinter einem bilden sollte, zeitnah entsteht und sich mit einem gemeinsamen Ziel in Bewegung setzt. Dies alles ist angesichts der Zahlen, die wir heute diskutiert haben, in der Klimaschutzpolitik Deutschlands wahrlich nicht erkennbar. Deutschland dreht mit etwa 3,5 Prozent Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen im Moment nicht das große Rad. Den großen Hebel in der Hand haben die USA mit 25 Prozent und Indien und China in Summe mit rund 50 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Es kann nicht sein, dass Deutschland mit

seinem 3,5 Prozent Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen die Vorreiterrolle übernimmt, während die großen Player außen vor bleiben.

Das zeigt, eine Vorreiterrolle hilft aus unserer Sicht nicht dem Klima, sondern sie fördert Trittbrettfahrerverhalten und schadet letztendlich der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie. Deutschland und die Europäische Union müssen alles daran setzen, die Vereinigten Staaten sowie die wichtigen Entwicklungs- und Schwellenländer zu einer gemeinsamen Vorgehensweise über die zukünftige Ausgestaltung der globalen Klimapolitik zu bewegen.

Die neue Bundesregierung sollte die Ausgestaltung der flexiblen Kyoto-Mechanismen Clean Development Mechanism und Joint Implementation dynamischer gestalten. Es gibt nur ein einziges Projekt, was bisher vom UN Executive Board anerkannt worden ist – etwa 400 Projekte sind in der Pipeline. Dies sind Instrumente, mit denen es uns gelingt, mit minimalem Aufwand große Erfolge zu erzielen, statt mit größtem Aufwand nur kleine Fortschritte zu erzielen, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie massiv belastet wird.

Dr. Klaus Lippold MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Deutschen Bundestag

Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass der Kyoto-Mechanismus überprüft werden soll und weiterentwickelt werden muss. Darüber hinaus ist es aber notwendig, dass wir die USA, China und andere große CO₂-Emittenten einbinden und mit ihnen zu verbindlichen Vereinbarungen im Hinblick auf die Reduktion von Treibhausgasen kommen. Die EU mit ihrem 14 Prozent Anteil am globalen CO₂-Ausstoß kann gegen die Asia Pacific Clean Development Cooperation mit 42 Prozent der globalen CO₂-Emissionen nicht allein effektiven Klimaschutz betreiben. Nur wenn beide Wege gegangen werden, haben wir eine Chance, die USA, China und Indien am Kyoto-Protokoll zu beteiligen. Deshalb muss Europa und insbesondere Deutschland einen intensiven Dialog mit der Asia Pacific Cooperation anstreben.

Im Bereich Gebäudesanierung ist mit dem Koalitionsvertrag ein eklatanter Fortschritt gelungen, weil sich hier eine qualitative Änderung findet: weg von der KfW-Zinsbezuschussung, die sich als zunehmend ineffizient erweist, hin zur steuerlichen Förderung, hin zur Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen und zur Investitionsbezuschussung.

Wir werden uns der Frage annehmen, wie es mit Bio-Sprit und Bio-Antrieben weitergehen kann. Hier liegen erhebliche Einsparpotentiale. Sie werden partiell unterschiedlich beurteilt, aber es gibt auch in der Beurteilung zwischen Wirtschaft und Umwelt zwischenzeitlich große Schnittmengen. Wir haben die Förderung neuer Technologien wie die der Biotechnologie aufgegriffen. Das würde bedeuten, dass wir insbesondere die weiße

Biotechnologie nutzen könnten, um entscheidende Fortschritte in der Produktion synthetischer Kraftstoffe zu machen. Damit ließen sich nicht nur die Abgase deutlich reduzieren, auch fossile Energie könnte im großen Umfang eingespart werden.

**Prof. Dr. Andreas Troge,
Präsident, Umweltbundesamt**

Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass ohne eine Verbesserung der ökonomischen Angebotsbedingungen in Deutschland – Stichwort Sozialversicherung, Arbeitsmarkt, Wettbewerb auf Gütermärkten, Steuerpolitik – die schlechtesten Voraussetzungen bestehen, den Klimaschutz in Deutschland und Europa voranzubringen. Deshalb ist es sinnvoll, die europäischen und deutschen Anstrengungen im Klimaschutz mit der Lissabon-Strategie zu verbinden und zu sehen, dass mit einer besseren Wirtschaftspolitik auch die Chancen des Klimaschutzes in Deutschland und Europa steigen.

Es gibt heute eine große Zahl von Klima- und Klimaschutzszenarien. Eines ist allen gemeinsam: Sie stellen den Kosten des heutigen Klimaschutzes die Kosten des morgigen Klimaschmutzes, also die negativen Klimafolgen, gegenüber. Die Fragen Photovoltaik versus Windenergie oder Biomasse versus CO₂-Abscheidung stellen sich in dieser Art nicht. Wir brauchen in der jetzigen Situation alle Optionen, schon weil wir nicht wissen, wie sie sich technisch und in der breiten Anwendung dann bewähren werden.

Das Umweltbundesamt hat in einem der vielen Szenarien berechnet, dass wir bis 2050 mit 80 Prozent CO₂-Reduktion auch technisch und wirtschaftlich recht gut überleben könnten. Ohne Einbeziehung der externen Kosten würde dieses Szenario rund vier Mrd. Euro durchschnittlichen Aufwand pro Jahr verursachen. Daraus wird deutlich, dass die Industrie in ihren Forderungen beweglicher werden sollte, wenn zusätzlich die negativen Folgewirkungen gegengerechnet werden.

**Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker,
Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

Für die Erwirtschaftung von einem Dollar Weltsozialprodukt fallen zur Zeit rund 500 g CO₂ an. Da die Energieeffizienz nicht nur in Deutschland, sondern weltweit steigt, wird diese Zahl zukünftig weiter sinken. Wenn wir die 500 g CO₂ pro Euro Sozialprodukt den Vermeidungskosten von 20 bis 25 Euro pro Tonne CO₂ gegenüberstellen, dann bedeutet dies, dass ein Cent pro Euro Sozialprodukt aufgewendet werden muss, damit die CO₂-Mengen in einem für das Klima erträglichen Bereich bleiben oder daraufhin zurückgeführt werden. Das wäre ein Prozent des Weltsozialprodukts.

Die CO₂-Emissionen pro Kopf in Indien und China sind wegen des niedrigen Sozialprodukts wesentlich geringer als bei uns, trotz geringerer Energieeffizienz. Diesen Ländern sollte das Angebot unterbreitet werden, CO₂ über das heutige Maß hinaus emittieren zu dürfen, damit sie einen Anreiz haben, dem Kyoto-Mechanismus beizutreten. Wenn ein Weltmarkt für CO₂-Emissionslizenzen geschaffen wird, den wir heute in Europa einstudieren, dann können die Chinesen und die Inder ihre überschüssigen CO₂-Lizenzen auf dem Weltmarkt verkaufen. Dieses wiederum muss finanziert werden durch einen Fonds, der von den reichen Ländern gespeist wird und sich etwa in der Größenordnung von 20 Mrd. Euro pro Jahr bewegt.

Eine Fortsetzung des Kyoto-Abkommens ohne USA, China und Indien ist kontraproduktiv. Wenn wir in Europa einen CO₂-Preis haben, der über 30 Euro pro Tonne liegt, dann führt dies zu einer Abwanderung von Arbeitsplätzen und von Industrieproduktion in die Nicht-Kyoto-Staaten und bildet damit einen Anreiz für diese Staaten, dem Kyoto-Abkommen nicht beizutreten. Das heißt, bis wir dahin kommen, müssen wir den CO₂-Preis durch hinreichende Bereitstellung von CO₂-Emissionsrechten auf eine Größenordnung von zehn Euro zurückführen, damit überhaupt daraus der richtige Anreiz für die anderen Staaten entsteht, einem solchen Abkommen beizutreten.

Diskussionsbeiträge der Bundesfachkommissionen Energie- und Umweltpolitik:

- Bei allen energie- und umweltpolitischen Maßnahmen sind verstärkt Kosten-Nutzen-Analysen vorzunehmen.
- Das Kyoto-Protokoll ist sinnlos, solange die Hauptemittenten von CO₂ wie die USA, China und Indien nicht im Rahmen einer globalen Klima-Kooperation einbezogen sind.
- Forschung und Entwicklung sollten technologieoffen ausgebaut werden.
- Der Emissionshandel ist zu entbürokratisieren und international auszurichten, um Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Wirtschaft in Deutschland zu vermeiden.
- Die flexiblen Kyoto-Instrumente (CDM und JI) sind verstärkt zu nutzen.

Dinner Speech

Energie und Klimawandel: Weitere Anstrengungen erforderlich

Claude Mandil,
Executive Director, Internationale Energieagentur

Die globalen CO₂-Emissionen werden bis 2030 um rund 60 Prozent ansteigen, wenn die hauptverursachenden Länder es nicht schaffen, einen Paradigmenwechsel in ihrer Energiepolitik zu vollziehen. Dazu stehen bereits heute marktwirtschaftliche Instrumente für einen effizienten Klimaschutz, wie die flexiblen Kyoto-Mechanismen Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI), zur Verfügung. Sie können durch entsprechende Optionen angewendet und ausgeweitet werden. Darüber hinaus sind Initiativen für eine Verbesserung der Energieeffizienz sowie für die schnelle Entwicklung von CO₂-freien Technologien der Energieerzeugung besonders dringend.

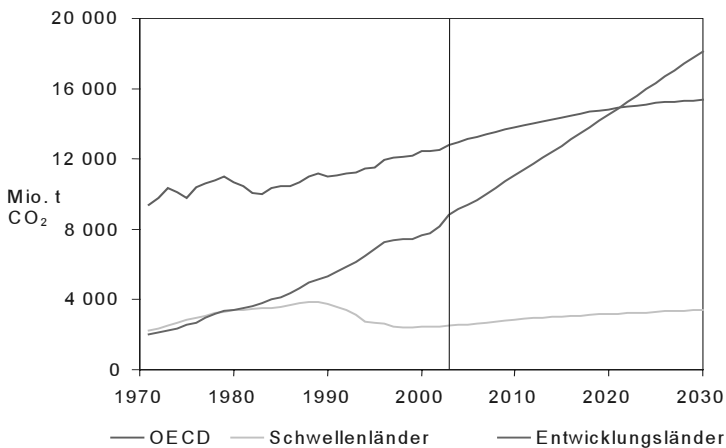


Abbildung 5: Prognose weltweiter CO₂-Emissionen bis 2030;
Quelle: IEA 2005

Vier bis 5,5 Gigatonnen CO₂ müssen von den Kyoto-Staaten mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten eingespart werden, damit sie ihre Kyoto-Verpflichtungen erfüllen. Über CDM können rund 500 Mio. Tonnen CO₂ gehandelt werden. Der Rest wird durch den Handel der beteiligten Staaten untereinander abgedeckt werden müssen, wobei Russland und die Ukraine auf der Angebotsseite eine herausragende Rolle einnehmen werden.

Die Herausforderung besteht darin, diese Transaktionen in effektive Preissignale für alle Energieverbraucher umzusetzen. Das CO₂-Einsparvolumen der Industrie und der Energiewirtschaft von rund 2,2 Gigatonnen entwickelt sich dabei zum Kostentreiber innerhalb der EU-25. Der Handel könnte zwar grundsätzlich auf andere Sektoren ausgeweitet werden, jedoch würde dies nicht ausreichen, um die Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden. Auch flexiblere Ziele, wie die Indexierung am Bruttoinlandsprodukt oder die Einführung von Preisobergrenzen für CO₂, könnten dieses Problem entschärfen.

Für einen effizienten Klimaschutz ist eine Ausweitung der Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz unerlässlich. Mit der 1-Watt-Initiative der Internationalen Energieagentur können wir auf der Nachfrageseite den Energieverbrauch elektrischer Geräte im Standby-Betrieb um rund 10 Gigawatt reduzieren. Das entspricht in etwa der Leistung von 20 Großkraftwerken allein in den OECD-Ländern. Auch auf der Erzeugungsseite besteht ein großes Effizienzpotenzial. Der Wirkungsgrad von rund zwei Dritteln der weltweiten kohlebasierten Stromerzeugung liegt unter 29 Prozent. Kraftwerke der neueren Generation erreichen hingegen Wirkungsgrade zwischen 42 und 45 Prozent. Folglich kann mit dem Ersatz alter durch neue Kraftwerke ein erheblicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

Die G8-Staaten haben sich im Jahr 2005 auf ihrem Gipfel in Gleneagles darauf verständigt, die Themen Klimawandel, saubere Energieerzeugung und nachhaltige Entwicklung zukünftig stärker in den Mittelpunkt ihrer gemeinsamen Anstrengungen zu rücken. Daraus ist ein Aktionsplan hervorgegangen, der die Internationale Energieagentur damit beauftragt, globale Strategien für mehr Energieeffizienz in den Bereichen Gebäude, Verkehr und erneuerbare Energien zu entwickeln sowie den Ausbau der Energieforschung voranzutreiben.

Damit nähert sich Europa jedoch prinzipiell stärker der US-amerikanischen Position in Sachen Klimaschutz an, die das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert haben und sich gemeinsam mit China, Indien und Australien der globalen Erwärmung mit einer intensiveren Erforschung klimaschonender Technologien stellen wollen. Die Fortsetzung des Kyoto-Abkommens ist daher noch nicht in Sicht. Insbesondere die europäischen Staaten, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert und sich selbst eine Vorreiterrolle auferlegt haben, sollten zuallererst bemüht sein, die USA, China und Indien in ein neues Rahmenabkommen einzubeziehen.

Reformkatalog des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Wende in der Energie- und Umweltpolitik

Während der Prozess der Globalisierung immer weiter voranschreitet, erleben auch die globale Energieversorgung und die internationalen Energiemärkte einen rasanten Wandel:

- Die Energienachfrage wird sich weltweit bis zum Jahr 2030 verdreifachen. Die Schwellen- und Entwicklungsländer werden die Industriestaaten im Energiekonsum rasch überholen und mit diesen um immer knappere Ressourcen immer härter konkurrieren.
- Die Kohlendioxid-Emissionen werden deutlich zunehmen. Es wird schwierig, die CO₂-Emissionen auf einem verträglichen Niveau zu stabilisieren, insbesondere ohne einen Beitrag der stark wachsenden Schwellenländer.
- Die meisten Vorräte fossiler Energieträger befinden sich in politisch instabilen Regionen, vor allem im Mittleren Osten und in Nordafrika, und sind fast ausschließlich staatlichen Unternehmen zugänglich.
- Die Exploration und Produktion erfordert enorme Investitionen – nach Schätzung der Internationalen Energieagentur müssen allein bis 2030 rund 17.000 Mrd. USD in die globale Energieversorgung investiert werden.
- Die EU-Kommission erwartet einen Anstieg der Energie-Importabhängigkeit der EU auf über 75 Prozent im Jahr 2030, beim Öl sogar auf über 90 Prozent.

Damit die deutsche Volkswirtschaft unter diesen fundamental veränderten Rahmenbedingungen bestehen kann, sollte die neue Regierungskoalition direkt zu Beginn der neuen Legislaturperiode ein klares Signal für eine Wende in der Energie- und Umweltpolitik setzen. Die Fortsetzung der rot-grünen Ideologienpolitik würde dagegen zu weiteren Abwanderungen energieintensiver Industrien aus unserem Land führen.

Die enormen Energieinvestitionen können nur durch die gemeinsame Anstrengung von Energieproduzenten und -verbrauchern bewältigt werden. Um so wichtiger ist es, den Energie-Dialog zwischen Verbraucher- und Produzentenländern zu intensivieren, den Zugang zu allen Energiemärkten zu öffnen und überall sichere Investitionsbedingungen zu schaffen.

Der Wirtschaftsrat unterstützt die Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, im April diesen Jahres einen nationalen Energiegipfel einzuberufen. Er sollte dazu beitragen, dass Energie- und Umweltpolitik wieder vom Kostentreiber zum Innovationsmotor werden.

Breiter Energiemix ohne ideologische Tabus

Während in Deutschland über den Ausstieg aus der Kernenergie gestritten wird, nimmt ihre Nutzung weltweit zu. Die Internationale Atomenergiebehörde geht sogar davon aus, dass sich die Menge des durch Kernenergie produzierten Stroms weltweit in den kommenden Jahrzehnten vervierfachen wird. Durch eine sicherheitsbewusste Weiternutzung der Kernkraft kann auch in Deutschland ein wesentlicher Beitrag zur Klimavorsorge und zur wirtschaftlichen und zuverlässigen Energieversorgung geleistet werden:

- Kernenergie vermeidet in Deutschland heute soviel CO₂, wie im gesamten Straßenverkehr jährlich emittiert wird (150 Mio. t CO₂).
- Die Uranreserven liegen überwiegend in politisch stabilen Regionen (z. B. 41 Prozent in Australien und 17 Prozent in Kanada).
- Nach Schätzung der OECD reichen die Reserven über 160 Jahre. Bei den derzeit steigenden Preisen für Uran wird künftig verstärkt in die Exploration neuer Minen investiert.

Deutschland verfügt weltweit mit über die sichersten Kernkraftwerke. Eine vorzeitige Stilllegung, während andere Nationen ihre Laufzeiten verlängern, ist weder volkswirtschaftlich sinnvoll noch fördert es die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes. Darüber hinaus würde Deutschland durch den Atomausstieg die Technologieführerschaft in einem der weltweit bedeutendsten Innovationsfelder verlieren. Vor diesem Hintergrund fordert der Wirtschaftsrat:

- die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken, damit die Kernenergie als Brückentechnologie für Zukunftsenergien genutzt werden kann;
- die zügige politische Lösung der Endlagerungsfrage.

Erneuerbare Energien frühestmöglich in die Wettbewerbsfähigkeit führen

Innerhalb der EU verfolgt Deutschland die ehrgeizigsten Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien und hält das größte Fördervolumen bereit. Seit 1998 hat sich die Förderung erneuerbarer Energien mehr als verdreifacht – für das Jahr 2007 wird es auf über 3,4 Mrd. Euro, für 2010 auf 7,3 Mrd. Euro geschätzt – Tendenz steigend. Damit wird eine Größenordnung finanzieller Förderung erreicht, die selbst die Subventionen der deutschen Steinkohle um rund 90 Prozent bezogen auf die Kilowattstunde übertrifft. Deutschland leistet sich somit die teuerste CO₂-Vermeidungsstrategie in der EU.

Die Abschottung erneuerbarer Energien vom Wettbewerb muss verhindert werden. Durch langfristig garantierte Dauersubventionen werden Innovationen und Investitionen in zukunftsfähige Technologien ausgebremst, fehlgeleitet oder sogar verhindert. Die Bundesregierung sollte daher dringend daran festhalten, das in Deutschland bestehende För-

dermodell der festen Einspeisevergütung auf den Prüfstand zu stellen und die Förderung stärker an Kosten-Nutzen-Relationen zu orientieren.

Der Wirtschaftsrat hat hierzu einen Ansatz entwickelt, der sich an folgenden Kriterien orientiert:

- eine technologieoffene Förderung marktfähiger Energietechnologien;
- eine stärker zeitlich befristete und gedeckelte Anschubfinanzierung;
- die Erhöhung der Produktverantwortung bei erneuerbarer Energien.

Wettbewerbsfähige Energiepreise sind eine Grundvoraussetzung für Wachstum am Standort Deutschland

Mehr Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten ist, neben dem Abbau der staatlichen Energiepreisbelastungen, das wichtigste Instrument für sinkende Energiepreise. Dazu ist es dringend erforderlich, dass die Bundesnetzagentur mit einer schnellen Einführung der Anreizregulierung eine bessere Koordinierung der Regelzonen und einen verstärkten Ausbau der Netzkapazitäten zu unseren europäischen Nachbarn erreicht. Durch ein länderübergreifendes Entry-Exit-System muss auch der Wettbewerb auf dem Gasmarkt forciert werden. Die Zukunft der ‚Ölpreisbindung‘ beim Erdgas sollte den Marktteilnehmern überlassen werden. Die Erfahrung zeigt, dass Länder ohne Preisbindung in der Regel keine niedrigeren Gaspreise aufweisen, dafür aber eine wesentlich höhere Preisvolatilität.

Die zweithöchsten Energiepreise in Europa und über 40 Prozent Staatsanteil am Strompreis führen zu massiven Wettbewerbsnachteilen für die deutsche Industrie. Hinzu kommen Belastungen aus dem zum 1. Januar 2005 eingeführten europäischen CO₂-Emissionshandelssystem. Eine knappe Ausstattung der deutschen Industrie im Rahmen des ersten Nationalen Allokationsplans führt zu zusätzlichem Auftrieb bei den Energiepreisen. Die Preise für CO₂-Zertifikate sind im Jahr 2005 immerhin auf über 20 Euro angestiegen, weit höher als ursprünglich erwartet. Eine nicht hinreichend bedarfsgerechte Erstzuteilung von CO₂-Emissionszertifikaten ist letztendlich mit Ursache erheblicher ‚windfall profits‘ in der Stromvermarktung.

Für dauerhaft wettbewerbsfähige Energiepreise in Deutschland fordert der Wirtschaftsrat:

- Mehr Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten durch die schnelle Einführung einer Anreizregulierung;
- den Ausbau der grenzüberschreitenden Kuppelstellen in den Strom- und Gasnetzen;
- eine bessere Abstimmung und Verzahnung existierender umwelt- und klimapolitischer Instrumente (Ökosteuern, EEG, KWK, Emissionshandel) und die Vermeidung von Mehrfachbelastungen;

- eine flexiblere Ausgestaltung des Nationalen Allokationsplans II einschließlich einer bedarfsgerechten, im europäischen Rahmen wettbewerbsfähigen Ausstattung mit Zertifikaten.

Wirkungsvoller Klimaschutz – USA, China und Indien einbeziehen

Die deutsche Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz treibt die Energiekosten in die Höhe und die energieintensiven Industrien aus dem Land, ohne das globale Klima spürbar zu verbessern. Die 250 Mio. Tonnen Treibhausgase, die Deutschland auf Dauer reduzieren will, blasen allein die USA, Indien und China jedes Jahr zusätzlich in die Atmosphäre. Deshalb ist es umso dringlicher, dass im Anschluss an Kyoto nach 2013 diese und die wichtigsten Schwellen- und Entwicklungsländer in eine neue internationale Kooperation einbezogen werden.

Bei der Aufstellung des Nationalen Allokationsplans II (NAP II) für die Phase 2008 bis 2012 muss im Gegensatz zum NAP I besonders darauf geachtet werden, dass das Kriterium der Wettbewerbsneutralität zumindest in Europa eingehalten wird. Innerhalb der EU müssen vergleichbare Anlagen auch in gleicher Weise mit CO₂-Emissionsrechten ausgestattet werden. Eine CO₂-Minderungspolitik ist zu über 90 Prozent Energiepolitik, deshalb sollte die Zuteilung der Zertifikate im NAP II durch das Bundeswirtschaftsministerium und nicht durch das Bundesumweltministerium erfolgen. Für eine effiziente Klimaschutzpolitik und eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland empfiehlt der Wirtschaftsrat:

- die verstärkte Nutzung der flexiblen Kyoto-Instrumente Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM) im laufenden EU-Emissionshandel;
- eine Entbürokratisierung der Genehmigungsverfahren;
- die Aufnahme der Verhandlungen für ein internationales Klimaschutzabkommen mit der Option für Schwellen- und Entwicklungsländer, sich zu verstärkten Anreizen für Innovationen und Energieeffizienz anstelle absoluter Reduktionsziele zu verpflichten.

Forschungsförderung auf Steigerung der Energieeffizienz konzentrieren

Energieeffizienz sollte stärker als „Energiequelle“ genutzt werden. Wer weniger Energie verbraucht, macht sich unabhängiger von den weltweiten Entwicklungen auf dem Energiemarkt. Die Effizienzpotenziale in Deutschland sind erheblich. Die vielen, zum Teil widersprüchlichen Regularien auf EU-Ebene, wie z. B. die Energie-Effizienz-Richtlinie, sind dazu wenig hilfreich und verursachen hohen bürokratischen Aufwand.

Die Forschungsmittel für fossile Energieträger, erneuerbare Energien und rationellere Energienutzung sind seit 1992 auf weniger als die Hälfte gesunken. Eine nachhaltige Verbesserung der Energieeffizienz ist jedoch ohne eine technologieoffene Forschungsförderung schlichtweg undenkbar. Darum müssen diese Mittel für Forschung und Entwicklung von der neuen Bundesregierung spürbar aufgestockt werden. Der Wirtschaftsrat empfiehlt dazu folgende Maßnahmen:

- die verbesserte Koordination nationaler und internationaler Gesetze und EU-Richtlinien zur Energieeinsparung und Emissionsminderung;
- die Verstärkung der Forschungsförderung im Bereich Energieeffizienz statt Subventionierung nicht marktfähiger Technologien;
- den Ausbau und die Erweiterung der staatlichen Förderprogramme zur Altbausanierung.

Das letzte umfassende Energieprogramm in Deutschland stammt aus dem Jahr 1991. Seit dem ist kein schlüssiges energiepolitisches Konzept zur Stärkung des Standorts Deutschland und zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung parlamentarisch verabschiedet worden. Dabei gehören die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines Landes und die Energiepreise zu den wichtigsten Kriterien im internationalen Standortwettbewerb.

Energie- und Umweltpolitik sollten wieder zum integralen Bestandteil der Wirtschaftspolitik werden. Die Federführung für die Energiepolitik gehört ins Wirtschaftsministerium und sollte dort gebündelt werden. Dringend erforderlich ist ein konsistentes energie- und umweltpolitisches Gesamtkonzept, das dazu beiträgt, den Standort Deutschland wieder attraktiv und langfristig sicher zu machen.

Verantwortlich:

Hans Jochen Henke,
Generalsekretär

Dr. Rainer Gerding,
Bundesgeschäftsführer

Bearbeitung:

Dipl.-Volksw. Silvia Kuwatsch
Dipl.-Volksw. Christian Stuckmann



Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon: 030 / 240 87 - 0
Telefax: 030 / 240 87 - 205
Internet: www.wirtschaftsrat.de
Email: info@wirtschaftsrat.de